

Der Hitler u. Co. wo die rote Haut nicht dreinschlägt. So ist die Situation. Und was erachten die SPD-Führer in diesem Augenblick als ihre Aufgabe?

SPD-Preußen erläßt vor kurzem eine Verordnung über die Entlassung sämtlicher kommunistischer Beamten aus dem Staatsdienst. Die sozialdemokratische Wehring-Polizei belagert in Mansted die Betriebe und schlägt die Streikposten nieder.

Ein sozialdemokratischer Polizeiminister ist es, der jetzt nach dem amerikanischen Muster, nach der Methode der Sacco-Banzetti-Wörter Gasposten im Kampfe gegen die hungernden Massen anzuwenden will.

Gummiknäuel, Hirschkäfer, Wühler und Karabiner genügen diesen Polizeifunktionären nicht mehr, die Demokratie zu verteidigen. Gasposten sollen helfen. Der Betroffene wird nur für eine Zeit belagert, erleidet im übrigen keinen Schaden. Zur Niedertracht der Handlung noch der Jantismus der Phrase.

Heraus zum Grenztreffen in Gebnik am Sonntag dem 3. August

Am nächsten Sonntag werden die Arbeiter Sachsens und der Tschechoslowakei bei dem Grenztreffen in Gebnik das brüderliche Band der Klassenolidarität gegen den imperialistischen Krieg, wütlichen revolutionären Internationalismus demonstrieren.

In Gebnik, der Stadt des Heimarbeiterlandes, der Stadt der höchsten Erwerbslosigkeit ganz Deutschlands, in Gebnik, wo die unter der Krone des Kapitalismus und der Plebejischen schreienden Arbeiter und Arbeiterinnen bei den letzten Wahlen durch härteste Stimmabgabe für die Kommunisten den Weg des Klassenkampfes aus dem Elend befreiten, in Gebnik werden wir aufmarschieren und über die Grenzpfähle den stehenden Arbeitshänden und schweißten die Bruderhand reichen, werden wir Schalter an Schalter mit ihnen aufmarschieren unter anderen Kampfparolen:

- Nieder mit den Imperialisten und ihren lajdschischen Trabanten!
- Wir schlagen die Sowjetunion!
- Wir kämpfen gegen Kapitalismus und Youngkannerei!
- Neigt die Grenzpfähle aus!
- Brüder zu uns!
- Wir kämpfen für die Weltkommune!

Auch der Gummiknäuel schädigt die Gesundheit nicht, wenn er nicht angewandt wird. Aber in Dresden mußte am 13. März dieses Jahres sogar ein bürgerlicher Journalist die „gesundheitsfördernde“ Anwendung des Gummiknäuels mit dem Leben bezahlen.

Nationalistischer Diktatorformal im Reich, Gasposten in Preußen, und dann wagt es ein Blattchen, wie die sozialdemokratische Volkszeitung für die Oberlausitz noch zu schreiben, daß die kommunistische Partei „die Hoffnung der Schaffmänner“ sei.

„Die Sozialdemokratische Partei hat im letzten Reichstag 153 Abgeordnete, die Kommunisten hatten 51 Abgeordnete. Das waren zusammen 207 Mandate von 191. Es ist niemals möglich gewesen, diese 207 Reichstagsabgeordneten zu wählen! Ein Block von 207 sozialdemokratischen Stimmen in der Reichstagsversammlung der deutschen Arbeiterklasse ist nicht nur verächtlicher Einfluß, sondern auch verächtliche Manipulationsfähigkeit. Jeder Arbeiter, der seine Stimme der kommunistischen Partei gibt, trägt nur dazu bei, die Chancen für Bürgerblockexperimente zu erleichtern.“

Diese erbärmlichen Stimmenhänger! Dieses Betteln um Mandate ist Jahr um Jahr! Wir Kommunisten sollen diese 153 Mandatjäger unterstützen, wenn sie durch Abstammung den Bürgerblock retten, wenn sie Anträge auf Arbeitsbeschaffung niederbestimmen, wenn sie Gasposten gegen Arbeiter einbringen?

Aber auch die sozialdemokratischen Arbeiter überzeugen sich von Tag zu Tag mehr, daß ihre Führer Verräter sind, daß man nicht mit den Stützen der schändlichen Koalitionspolitik die Kapitalisten kürzen kann.

Jeden Tag werden neue Hebertritte von SPD-Arbeitern zur SPD aus dem Reich berichtet. Die SPD-Arbeiter empfinden richtig, daß der Kampf gegen die lajdschischen Diktaturbestrebungen nur mit revolutionären Mitteln, nur unter einem roten Banner geführt werden kann. Sie werden mit uns am 1. August aufmarschieren unter unserem Banner. Sie werden heute abend zu der von uns einberufenen Kundgebung im Reglerheim erscheinen und mit uns diskutieren. Sie werden in Betrieben und Stempelstellen mit uns die eiserne Klassenfront gegen den Faschismus schmieden.

Die sozialdemokratischen Polizeiminister kehren jenseits der Parteifäden, Wir Kommunisten müssen dafür sorgen, daß die Hunderttausende von SPD-Arbeitern auf der anderen Seite, auf unserer Seite stehen. Nicht nur am 1. September, sondern in dem für verschärfenden außerparlamentarischen Kampf gegen Kapitaldiktatur und Faschismus!

Straßenkämpfe in Italien

„Nieder mit dem Faschismus! — Es lebe die Revolution!“

Von der italienischen Grenze, 28. Juli.

Gestern kam es in der Stadt Turin zu schweren Zusammenstößen. Die streikenden Arbeiter der Fiatwerke demonstrieren mit roten Fahnen unter dem Slogan „Bandiera rossa“ (rote Fahnen-Lied) vor den Betrieben und führten im Zug riesige Transparente mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Faschismus, fort mit Mussolini, es lebe die kommunistische Partei und die Revolution.“

Die Polizei wich anfangs vor den Massen zurück. Militär wurde zur Verstärkung eingezogen und stürzte sich auf die Massen. Die Arbeiter jagten sich erst mit Molotowsteinen und Steinen zur Wehr. Es entspann sich ein wildes Handgemenge. Das Militär schloß mit Maschinengewehren auf die Massen. Die Straßenkämpfe dauerten bis spät in die Nacht an. Bis zum heutigen Morgen dauerte der Kampf.

Die Arbeiter verschiedener größerer Metallbetriebe haben aus Solidarität mit den Fiatwerkern ihre Arbeit niedergelegt. Heute vormittag erlebte Turin eine Massendemonstration, wie sie die Stadt noch nicht gesehen hat. Die Polizei wagte nicht, einzugreifen.

In Mailand wurde der Faschistenführer Koren ermordet.

Erzwingt Einberufung des Landtages!

Der Wortlaut der kommunistischen Anträge gegen Steuerraub

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Antrags der kommunistischen Fraktion im Sächsischen Landtag:

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erhebt scharfsten Protest gegen die Steuererhöhung der Reichsregierung vom 27. Juli 1930, die Steuer- und Abgabenerhebung betreffend. Er fordert die wertvolle Bevölkerung auf, sofort mit außerparlamentarischen Mitteln (Steuerstreik) den Kampf gegen diese brutalen Maßnahmen zu eröffnen.

2. Die Regierung zu beauftragen, den sächsischen Vertreter in Berlin zu beauftragen, bei der Reichsregierung gegen die Verordnung sofort Einspruch zu erheben.

3. Die Behörden anzuweisen, die Steuererhebungen nach der Notverordnung nicht durchzuführen, die Reichsabgabe nicht zu erheben.

Dresden, den 28. Juli 1930.

Renner

und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion.

Der Brief an den Landtagspräsidenten Wedel (SPD) lautet:

Dresden, den 28. Juli 1930.

An den Herrn Präsidenten des Sächsischen Landtages. Die am Sonntag aus Montag veröffentlichte Notverordnung der Reichsregierung stellt eine der ungeheuerlichsten Massenbelastungen dar. Von den Abgaben werden die armen Schichten der Bevölkerung am härtesten betroffen. Den Erwerblosen werden Abgabe schlimmer Art gemacht. Die Kapitalisten ist eine Ausplünderung der breitesten Schichten, die die Lebenshaltung der Massen weiter verschlechtert.

Die Verteuerung selbst der Arbeiterfürsorgeempfänger, der Witwen usw. ist eine Maßnahme, die selbst die reaktionären Maßnahmen der imperialistischen Kautzregierungen in den Kolonien übertrifft.

Wir erachten es im Interesse der betroffenen Arbeiter, Angestellten, der Beamten und Mittelständler, vor allem der Hunderttausenden Erwerblosen für notwendig, gegen die reaktionären Maßnahmen von öffentlicher Seite entschiedenen Protest zu erheben.

Wir fordern, daß die Regierung beauftragt wird, gegen die Maßnahmen zu protestieren und die Einziehung der Steuern nicht durchzuführen.

Wir fordern, daß der Landtag sofort gegen diese Notverordnung Protest erhebt. Wir erziehen Sie deshalb, dem Landtag

Notchrei eines Gewerbetreibenden

Von Hitler betrogen —

Wir erhalten von einem Gewerbetreibenden folgende Zuschrift:

den 28. Juli.

Wir Gewerbetreibenden werden in letzter Zeit geradezu in eine Katastrophe hineingetrieben. Es ist schon kein langames Abdröckeln mehr, sondern eine Massenverdrängung von Existenzen. Die neuen Notverordnungen der Reichsregierung ist ein Babynachspiel, sonst nichts. Die Folgen der neuen Steuern wirken sich für uns kleinen Gewerbetreibenden etwa wie folgt aus:

1. Durch die Negativsteuer wird in unserer Gemeinde mit rund 40.000 Seelen der Jahresumsatz für das kleine Gewerbe um mindestens 90.000 Mark vermindert.
2. Durch die Vermögenssteuer und die damit verbundene Herabsetzung der steuerlichen Grenze schätze ich eine Umsatzermindernng von insgesamt 30.000 Mark.
3. Durch die Grundsteuer werden zirka 150.000 Mark aus der Gemeinde herausgeholt.
4. Kann man für unseren Ort mit ca. 20.000 Lohn- und Gehaltsempfängern die Herabsetzung ihrer Einkünfte durch Lohn- und Gehaltsstärkungen in Verbindung mit der „Reichshilfe“ auf zirka 300.000 bis 400.000 Mark bei vorläufiger Berechnung annehmen.
5. Dazu kommt die weitere Herabsetzung der Renten, Unterhaltungsätze, die erhöhten Abzüge für Erwerblosen, und Krankenversicherung, die ich mit sehr wenig, 10.000 Mark, annehmen will.

Durch diese große Zusammenfassung, die bei weitem nicht alle Auswirkungen berücksichtigen kann, schätze ich eine mindestens 650.000 bis 700.000 Mark betragende Senkung der Kaufkraft der Kreise, die hauptsächlich ihren Bedarf bei uns decken. Das heißt, es werden hunderte kleine Existenzen im Jahr allein in unserer Gemeinde vernichtet.

Ich bin ein praktisch denkender Mann aus dem Volk und habe gelernt, mit realen Dingen zu rechnen. Auf Versprechungen, wie sie bisher gemacht wurden, achte ich nichts. Ein Jahr lang bin ich der NSDAP gefolgt, aber ich will, daß mir ihr erst die Macht werden sollen und dann soll irgendein sagenhafter Wohlstand einleiten. Diese Geschichten habe ich jetzt durchschaut.

Ich möchte mich zu einer Sondertagung mit dem beabsichtigten Antrag der SPD-Fraktion als Tagesordnungspunkt einberufen.

Kuboff Renner.

Massensturm muß Einberufung des Stadtparlaments erzwingen

Die Wahlbetrüger wollen kneifen

Dresden, den 29. Juli.

Der stellvertretende Vorsitzende des Dresdener Stabes, ordnenkollegiums landte unserer Fraktion folgenden Brief:

„Auf Ihr Schreiben vom 26. 7. 30, worin im Namen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion eine sofortige Einberufung einer Gesamtsitzung der Stadtverordneten beantragt wird, teile ich Ihnen mit, daß ich dem Antrag nicht zustimmen kann, da die Erfordernisse des § 20, Absatz 2, der Geschäftsordnung der Stadtverordneten, wonach auf Verlangen von einem Viertel der Stadtverordneten die Sitzung anberaumt ist, nicht entspricht. Die in Ihrem Schreiben als Tagesordnung für die Verordnensitzung ausgedrückten beiden Anträge betrachte ich demzufolge ebenfalls als erledigt.“

Es entlarvt nur die SPD-Führer und die Nazis, daß sie nicht von sich aus bereits den Antrag auf Einberufung gestellt haben. Die kommunistische Fraktion wird aber nicht locker lassen. Sie hat die sofortige Einberufung des Parteiparlamentes gefordert und appelliert an die Massen, die Einberufung der Stadtverordnetenversammlung zu erzwingen.

Sie helfen

Gibt diesen Professionskassen die Antwort!

Die Dresdener bürgerliche Subelpresse bezeichnet den kommunistischen Antrag gegen die Verkung des Steuerraubes, den unsere Landtagsfraktion gestern einreichte, als „Agitationsantrag“. Viele Schmocks wollen, daß sich die Werftigen widerstandslos durch das lajdschische Diktatorregiment ausplündern lassen, damit die Millionäre gute Tage haben. Wenn diese Schmocks die Antwort, werft diese Professionskassen aus den Wohnungen der Werftigen. Abkannier! Das Kommando an: Werftigen, die Arbeiterstimme!

besonders an Hand der thüringischen Politik Friede. Seit einigen Wochen lese ich Ihre Zeitung und bin zu der Überzeugung gekommen, daß Sie den einzig möglichen Weg vorzuschlagen, gemeinsamen Kampf der Lohn- und Gehaltsempfänger mit der Mittelständler. Wir müssen zusammenstehen gegen die großen Kampiere, die das Volk ruinieren. Wir müssen aber schnell und energisch handeln, um den Katastrophenpolitikern die gefährliche Volkstrost entgegenzusetzen.

Wenn Sie diese Zeilen in Ihrem geschätzten Blatt veröffentlichten würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar, damit einmal die wirkliche Auffassung eines Gewerbetreibenden, und nicht die lies in der bürgerlichen Presse gefällige, allgemein bekannt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Unterzeichnet

Diese Zuschrift eines kleinen Gewerbetreibenden muß allen Klassenbewußten Arbeitern und Arbeiterinnen Ansporn sein, an diese Kreise heranzutreten und sie für den Kampf gegen die Hungerdiktatur, für die Kampfkomitees zu gewinnen.

Vertärkte Rüstung für den ADO-Kongreß

Dresdner Betriebe wählen Delegierte zum ADO-Kongreß

Dresden, den 29. Juli.

In einer öffentlichen Versammlung der Bahnamtzeit 1, Dresden, wurden 2 Delegierte zum ADO-Kongreß gewählt.

Die Armaturen- und Maschinenfabrik Michall, Freital, wählte einen parteilosen Arbeiter als Delegierten zum ADO-Kongreß.

Ein Beispiel glänzender Solidarität

Die Belegschaft der Firma Bühler, Freital, sammelte 105,35 Mark für die Waisenkinder Bergarbeiter. Der Betrag wurde von dem oppositionellen Betriebsrat sofort der dortigen Zentralvereinsleitung übermittleit.

Glänzender Bahnlauftakt

Birma, den 28. Juli.

In Heroldshaus führten wir eine Einwohnerversammlung durch, in der über die Kampfmaßnahmen der Werftigen gegen den lajdschischen Diktatorkurs beraten wurde. Im Anschluß daran traten sämtliche Gemeindevorordneten der Werbeiterliste in die NSDAP ein.

Gehaltsraub bei Siemens

Die Bonzen machen mit

Berlin, 29. Juli.

Der von Siemens angeführte brutale Schlag gegen die Angestellten wird nunmehr in fast allen großen Betrieben der Berliner Metallindustrie fortgesetzt und nachgemacht. Bei der AEG soll ein noch größerer Abbau durchgeführt werden. Über 12 Prozent der Angestellten werden entlassen. Bei Bergmann, bei Vorrig, Drenstein & Koppel, Löwe sind Kündigungen ausgeprochen. Die Führer der Angestellten-Gewerkschaften haben eine umfassende Erklärung herausgegeben, in der sie zugestehen, daß sie für einen Gehaltsabbau sind.

„Die Angestellten-Organisationen waren jederzeit durchaus zu einer Verständigung bereit“, heißt es in ihrer Erklärung. Sie sind auch jetzt für Gehaltsabbau und Kündigungen. Die Reichstagswahl hindert sie, dies offen auszusprechen.

Die Arbeit die Stra...

Paris, 28. Juli...

In Rouen...

In Marburg...

In Viller...

Stre...

den tische...

Prin, 28. Juli...

Die Arbeiter...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...

Arbeits...